

Position



Lebensleistung verdient Respekt! Grundrente jetzt!

Gemeinsame Erklärung des Netzwerks für eine gerechte Rente zur Grundrente

Das „Netzwerk für eine gerechte Rente“ fordert eine starke gesetzliche Rentenversicherung – die Vorschläge von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zur Grundrente leisten hierzu einen guten Beitrag. Von seiner Rente muss man auch bei geringem Lohn, Teilzeit oder Arbeitslosigkeit in Würde leben können. Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die nur geringe Rentenansprüche haben, obwohl sie jahrzehntlang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, muss die Rente aufgewertet werden. Nur so können wir verhindern, dass sie in die Grundsicherung im Alter fallen – der Gang zum Grundsicherungsamt nach einem langen Arbeitsleben bliebe ihnen erspart. Hier geht es um Würdigung von Lebensleistung und um Schutz vor Altersarmut. Unabhängig davon müssen wir auch das Rentenniveau stabilisieren und in einem weiteren Schritt anheben.

Wenn Bundesregierung und Bundestag weiter nur diskutieren statt endlich zu handeln und gegenzusteuern, wird das Problem weiter wachsen und immer mehr Menschen betreffen. Deshalb unterstützt das „Netzwerk für eine gerechte Rente“ den vorliegenden Vorschlag zur Grundrente. Bei den so genannten Grundrentenzeiten sehen wir allerdings die Notwendigkeit, auch Zeiten der Arbeitslosigkeit mit zu berücksichtigen. Der Vorschlag greift langjährige Forderungen von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden auf und wäre ein echter Beitrag, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Denn von der Grundrente haben sowohl diejenigen etwas, die schon Rente beziehen, als auch die, die neu in Rente gehen. Die wichtige Botschaft: Langjährige Beitragszahlung zahlt sich am Ende auch bei geringen Löhnen aus,

eines der größten Risiken von Altersarmut würde seinen Schrecken verlieren. Gerade auch den heute jungen Menschen wird so verdeutlicht, dass sie sich auf die gesetzliche Rente verlassen können. Wir appellieren an die Koalition, sich schnell zu einigen im Interesse von Millionen von Menschen, die auf diese Grundrente warten.

Zu den wesentlichen Punkten des Vorschlags von Hubertus Heil:

Im Vorschlag des Bundesarbeitsministers bekommt derjenige seine Rente um bis zu 448 Euro (brutto) erhöht, der 35 Jahre und mehr Grundrentenzeiten vorzuweisen hat. Zu den Grundrentenzeiten zählen neben Beitragsjahren auch Zeiten der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen. Wer im Schnitt einen Lohn von 1.300 Euro im Monat brutto verdient hat, würde dann eine Rente von wenigstens 896 Euro bekommen.

Mit diesem Vorschlag macht Heil denjenigen ein Angebot, die ihr Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, aber im Schnitt über die ganze Zeit nicht mal 80 Prozent des Durchschnittseinkommens erzielen konnten. Da sich die Rente grundsätzlich an den eingezahlten Beiträgen bemisst (das ist das sogenannte Äquivalenzprinzip), bekommen diejenigen mehr Rente, die mehr verdient und mehr Beiträge bezahlt haben. Bei geringen Löhnen führt das Äquivalenzprinzip dann aber trotz jahrzehntelanger Beitragszahlung zu einer Rente unterhalb des Existenzminimums, selbst wenn der Lohn im aktiven Erwerbsleben noch zum Leben gereicht hat.



Die Aufwertung niedriger Renten, wie Heil sie nun vorschlägt, soll in diesen Fällen zu einer eigenen Rente führen, die mindestens auf Höhe des durchschnittlichen Existenzminimums liegt, meistens aber höher. Eigene Rente heißt: Es ist keine Sozialleistung, die sich an der Bedürftigkeit orientiert, sondern eine Rentenleistung, die ein langes Arbeitsleben würdigt und vor Altersarmut schützt.

Ergänzend will Heil das Wohngeld verbessern. Wohngeld wird als Zuschuss zur Miete gezahlt. Dabei bestimmen Einkommen, Anzahl der Familienmitglieder und Höhe der Miete, ob ein Anspruch besteht. Wenn jemand Grundrente bekommt, soll gezielt ein höheres Wohngeld ausgezahlt werden, um zu vermeiden, dass Menschen im Alter umziehen müssen und dadurch ihre vertraute Umgebung und ihr soziales Umfeld verlieren. Sie können dann z.B. auch bei den Ärzten bleiben, die sie kennen und denen sie vertrauen.

Reichen diese Maßnahmen nicht aus, um die Grundsicherung zu vermeiden, soll es außerdem noch einen Freibetrag in der Grundsicherung geben. Damit wirkt die langjährige Beitragszahlung von 35 Jahren in die Rentenversicherung sich auch hier positiv aus. Erklärtes Ziel des Gesamtkonzepts von Heil ist es aber, dass möglichst viele Menschen im Alter gar nicht erst in die Grundsicherung fallen. Sie sollen eine ausreichende eigene Rente bekommen, die ihre Lebensleistung respektiert und ein Leben in Würde im Alter ermöglicht.

Es ist jetzt an den Koalitionsfraktionen von Union und SPD, das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken, indem sie der Lebensleistung der arbeitenden, erziehenden und pflegenden Menschen Respekt zollen und sich schnell auf die Einführung der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung einigen.